

16.01.2016

<http://www.ln-online.de/Lokales/Luebeck/AKW-Bauschutt-Land-kann-die-Hansestadt-nicht-zwingen>

AKW-Bauschutt: Land kann die Hansestadt nicht zwingen

Vertreter des Kieler Umweltministeriums stellten auf einer Veranstaltung der Grünen klar, dass es keine Pflicht zur Abnahme gibt.

Lübeck. Seit Monaten versucht Umweltminister Robert Habeck (Grüne), für die Entsorgung von nicht-radioaktivem Bauschutt aus Kernkraftwerken einen Entsorgungspakt zwischen Land, Kommune, Entsorgern und Kraftwerksbetreibern zu schmieden. Auch Lübeck soll teilnehmen. Vertreter des Umweltministeriums stellten jetzt allerdings klar, dass es keine Verpflichtung zur Abnahme gebe. Damit bestätigten sie Umweltsenator Bernd Möller (Grüne): „Ich sehe keine Pflicht, dass wir den Bauschutt abnehmen müssen.“

Drei schleswig-holsteinische Atomkraftwerke gehen bis 2021 vom Netz – Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel bei Geesthacht. Mit der Entsorgung des hoch-radioaktiven Mülls haben die Kreise und kreisfreien Städte nichts zu tun. Bei der Abnahme von nicht-radioaktivem Bauschutt aber will das Land alle mit ins Boot holen. „Der Rückbau der Kernkraftwerke ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, erklärte Jan Backmann von der Abteilung Reaktorsicherheit und Strahlenschutz des Umweltministeriums bei einer Fraktionssitzung

der Grünen, „wir wollen nicht, dass eine Gemeinde auf die andere zeigt und sagt: Nicht bei mir.“

Schleswig-Holstein verfügt nur über eine Sondermülldeponie. Doch die Anlage in Rondeshagen schließt 2018. Zweites Problem: „Die Landkreise, in denen die Kernkraftwerke stehen, haben keine eigenen Deponiekapazitäten“, erklärte Uwe Meyer, Abfallexperte des Umweltministeriums.

Pro Kraftwerk rechnen die Experten mit 15 000 Tonnen unbelastetem Bauschutt. Dazu zählen Betonwände, Türen, Leuchtstoffröhren, Treppengeländer, Kabel, Fenster, Dachbahnen, Bodenbeläge und Maschinen. Dieser Bauschutt wird in zehn bis 15 Jahren anfallen, dann werden die Kernkraftwerke tatsächlich abgerissen. Der Rückbau werde durch die Kieler Atomaufsicht und externe Sachverständige kontrolliert, versicherte Dr. Oliver Karschnick vom Umweltministerium. „Die Stoffe verlassen nur den Hof, wenn wir die Freigabe erteilt haben.“

Doch wie ungefährlich ist der Bauschutt? Das Umweltministerium arbeitet mit dem Zehn-Mikro-

sievert-Konzept. Das sei internationaler Standard, und dieser Wert würde weit unterhalb der natürlichen Radioaktivität im Alltag liegen, sagte Backmann. Ein Raucher, der 20 Glimmstängel am Tag konsumiert, würde 8,8 Mikrosievert im Jahr aufnehmen, die Crew eines Flugzeugs nimmt sieben Mikrosievert zusätzliche Strahlung im Jahr auf. Die Grünen sind skeptisch. Die Bauschutt-Strahlung komme auf die natürliche Strahlung oben drauf, Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung seien nicht auszuschließen, und eine zentrale Spezialdeponie wäre besser als die Verteilung auf Hausmülldeponien.

Ob die Deponie Niemark in Frage kommt, hat das Umweltministerium noch nicht beantwortet. Jan-Dirk Verwey, Chef der Entsorgungsbetriebe Lübeck: „Niemark darf unbelasteten Bauschutt aufnehmen, auch aus dem Umland.“ Verwey hält das von Umweltminister Habeck gewählte Verfahren für „absolut sinnvoll“. Die Deponie hat Platz – 1,5 Millionen Tonnen Abfälle können noch eingelagert werden. Am 22. März lädt die Stadt zu einer Veranstaltung. *dor*